



Köln, den 15.03.2024

Resolution der SPD Branchenbetriebsgruppe Eisenbahn

an den SPD Parteivorstand und an die Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Für guten Schienengüterverkehr in Deutschland und Europa - Hände weg von DB Cargo

Rund 37.000 Menschen sind in Deutschland im Schienengüterverkehr beschäftigt. Sie sorgen dafür, dass unser Land am Laufen bleibt. Vor allem die Industrie ist auf die Güterbahnen dringend angewiesen – für die Rohstoffversorgung und den Transport ihrer Produkte.

Doch der Güterverkehr auf der Schiene hat noch weitere Vorteile für uns alle, er ist: 7-mal klimaschonender, 13-mal schadstoffärmer und 42-mal sicherer als der Lkw. Und: Ein Güterzug ersetzt 52 Lastwagen.

Deshalb wollen die Menschen mehr Schienenverkehr: Nach Studien des Umweltbundesamts sagen 80 %, dass nicht genug getan wird, um die Treibhausgasemissionen des Verkehrs zu verringern und 91 % sind für die Verlagerung von Gütertransporten vom Lkw auf die Schiene.

Die Bundesregierung weiß, dass der Schienengüterverkehr mehr leisten kann und muss, um die Klimaziele zu erreichen. Im Koalitionsvertrag finden sich daher auch die richtigen, ambitionierten Ziele: Bis 2030 soll ein Viertel des Güterverkehrs in auf der Schiene unterwegs sein. Dafür soll der klimaschonende Einzelwagenverkehr gestärkt und die Nutzung der Schiene günstiger und wettbewerbsfähiger werden.

Doch die Verkehrsverlagerung kommt bislang nicht voran und wichtige Fördermaßnahmen für den Schienengüterverkehr, wie die Trassenpreissenkung, sind aktuell zusammengestrichen worden.

Nun droht weitere Gefahr für die durch massive Schrumpf- und Zerschlagungspläne bei DB Cargo:

Für einen guten Schienengüterverkehr in Deutschland und Europa -

Hände weg von DB Cargo

SPD Branchenbetriebsgruppe Eisenbahn

Aktuell versucht die Unternehmensführung von DB Cargo unter dem Deckmantel einer so genannten „Transformation“ Personal abzubauen und bei Tochterfirmen unter anderen Arbeitsbedingungen neu aufzubauen. Obwohl der Kombinierte Verkehr wächst, soll er komplett an die Tochtergesellschaften ausgelagert und zusammengeschrumpft werden. Mindestens 1.800 gute und mitbestimmte Arbeitsplätze sollen bei DB Cargo gestrichen werden.

Das ist völlig verantwortungslos und ein Angriff auf die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten. Ihre Interessen werden mit Füßen getreten, obwohl gerade sie den Schienengüterverkehr am Laufen halten.

Und das ist erst der Anfang, denn weitere Umstrukturierungen sollen folgen. Es besteht die Gefahr der kompletten Aufspaltung von DB Cargo und die Verlagerung der Transporte auf Subsubunternehmen mit Dumpinglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen.

Wir erklären uns solidarisch mit dem Gesamtbetriebsrat der DB Cargo und den Betriebsrät:innen der gesamten Unternehmensgruppe, die diesen verantwortungslosen Schrumpf- und Zerschlagungskurs ablehnen. Wir fordern die Unternehmensführung von DB Cargo auf, diesen rücksichtslosen Kurs unverzüglich zu beenden und die Zukunft des Unternehmens gemeinsam mit den Beschäftigten zu planen.

Seit 15 Jahren schreibt DB Cargo rote Zahlen. 15 Jahre hatten die Vorstände und ihre Unternehmensberater Zeit, gegenzusteuern. Praktikable Vorschläge der Betriebsrät:innen hat es immer gegeben, doch passiert ist nichts. Stattdessen fährt DB Cargo jährlich neue Millionenverluste ein. Jetzt droht die EU-Kommission mit Strafen – und plötzlich soll eilig durch Arbeitsplatzabbau gespart werden.

DB Cargo spielt als größtes europäisches Unternehmen im Schienengüterverkehr eine zentrale Rolle für das Erreichen der politisch gesetzten Klimaschutz- und Verkehrsverlagerungsziele. Deswegen rufen wir alle politischen Verantwortlichen auf, ihrerseits Druck auszuüben und Einfluss auf die Unternehmensführung zu nehmen. **Der Bund als Eigentümer darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Der Schienengüterverkehr muss volkswirtschaftlichen Zielen dienen und nicht der Bilanzoptimierung.**

Wir beobachten mit Sorge den neoliberalen Kurs der Europäischen Kommission, die weiter Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten austragen und die staatlichen Güterbahnen zerschlagen will.

Volkswirtschaftlich und ökologisch sinnvolle Beihilfen für den Schienenverkehr müssen gestärkt werden, damit es den EU-Mitgliedstaaten ermöglicht wird, diesen Schlüsselsektor zu unterstützen.

Die umweltfreundliche Schiene ist das Rückgrat der Verkehrswende hin zu einem klimaneutralen Europa. Daher muss der Eisenbahnverkehr in der europäischen Gesetzgebung zur Dienstleistung im allgemeinen Interesse erklärt und damit von der grundsätzlichen Anwendung der Binnenmarkt- und Wettbewerbsregelungen ausgenommen werden.

Vor dem Hintergrund des laufenden EU-Beihilfeprozesses gegen DB Cargo erwarten wir von der Bundesregierung eine klare Haltung für die Zukunft des Unternehmens, für die Versorgungssicherheit der Industrie und für die Beschäftigten.